

Deutschland und die Schweiz – wichtige Partner

Deutschland und die Schweiz liegen nicht nur geografisch nah beieinander, sondern sind auch durch intensive wirtschaftliche Beziehungen eng miteinander verknüpft. Mit einem Volumen von 40,41 Mrd. CHF und einem Anteil von 17,9% war Deutschland im Jahr 2020 der weltweit wichtigste Exportmarkt für die Schweiz. Dabei sind die wichtigsten Exportprodukte der Schweiz keineswegs Schokolade, Käse oder Uhren, sondern pharmazeutische Produkte und Maschinen.

Bei den Importen ist das Bild noch eindeutiger: Im Jahre 2020 importierte die Schweiz für rund 51,4 Mrd. CHF aus Deutschland, das damit fast 20% aller Importe der Schweiz lieferte. Insgesamt lieferte Deutschland mehr in die Schweiz als Italien, die USA und China zusammen. Hier sind die wichtigsten Produkte übrigens ebenfalls pharmazeutische und chemische Erzeugnisse, Maschinen und Fahrzeuge.

Baden-Württemberg in vorderster Linie

Dabei stellt Baden-Württemberg den mit Abstand größten Anteil: Exporte im Wert von 15,3 Mrd. CHF gingen aus der Schweiz nach Baden-Württemberg. Im Gegenzug importierte die Schweiz im Wert von 16,3 Mrd. CHF aus dem angrenzenden Bundesland. Wenn Deutschland insgesamt auf Platz

1 der Handelspartner der Schweiz steht, kommt allein Baden-Württemberg je nach Berechnungsmethodik Platz 3 oder 4 unter den wichtigsten Handelspartner der Schweiz zu.

Nicht nur im bilateralen Handel, sondern auch bei den Direktinvestitionen belegen Deutschland und die Schweiz gegenseitig vordere Plätze. So sind bspw. rund 2.000 gemeldete Schweizer Firmen in Deutschland niedergelassen. Sie erwirtschafteten einen Jahresumsatz von 162,5 Mrd. Euro und beschäftigen rund 458.000 Mitarbeitende.

Die Schweiz – mitten in Europa im Zentrum der Verkehrsachsen

Selbst wenn man nicht außer Acht lassen kann, dass die Schweiz mit einer Fläche 41.290 km² und rund 8,7 Mio. Einwohnern wesentlich kleiner als Deutschland (357.580 km² mit ca. 83 Mio. Einwohnern) ist, so kann die gegenseitige wirtschaftliche Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Hinzu kommt, dass die Schweiz mit ihrer zentralen Lage in Mitteleuropa und mit vier (Lötschberg/Simplon, Großer St. Bernhard, Gotthard, San Bernardino) der fünf leistungsfähigsten Routen zur Alpenüberquerung in der Mitte der Verkehrsströme zwischen Mittel- und Südeuropa liegt.



Matthias Klein, Präsident der MIT Schweiz sowie Mitgliedsbeauftragter der MIT Bund

Erfolgsfaktoren der Schweiz

Wer schon einmal mit der Schweiz zu tun hatte, weiß, dass das allgemeine Preisniveau und die Lebenshaltungskosten deutlich höher als in den angrenzenden Nachbarstaaten sind. Warum ist die Schweizer Wirtschaft trotzdem vergleichsweise erfolgreich? Neben dem zugegeben in der Tat hohen Preisniveau kann die Schweiz auf einige Standortfaktoren verweisen, die ihre Attraktivität unterstreichen.

Stabilität, Prosperität und direkte Demokratie – ein Widerspruch?

Zunächst einmal ist die Schweiz ein Standort, der von großer politischer und



wirtschaftlicher Stabilität geprägt ist. Auch wenn die direkte Demokratie und das Schweizer Konsensstreben in der Politik von außen betrachtet manchmal etwas schwerfällig wirken, haben diese Punkte doch auch viele Vorteile. So werden bedeutende Infrastrukturprojekte jeweils durch Volksabstimmungen beschlossen oder abgelehnt. Aber wenn sie einmal beschlossen wurden, werden sie auch zügig realisiert. Jahrzehntelange Genehmigungsverfahren und langwierige verwaltungsrechtliche Streitigkeiten gibt es in der Schweiz nicht. Wenn der Souverän zugestimmt hat, wird umgesetzt.

Exemplarisch kann man diesen Unterschied bei der sogenannten Neuen Alpentransversale (NEAT) feststellen. Im Vertrag von Lugano haben Deutschland, Italien und die Schweiz sich 1996 verpflichtet, eine leistungsfähige Nord-Süd-Bahnstrecke durch die Alpen zu schaffen, um einerseits die Fahrzeit signifikant zu verkürzen und andererseits den transalpinen Güterverkehr soweit wie möglich auf die Bahn zu verlagern. Während die Jahrhundertprojekte Gotthard- und Monte-Ceneri-Basistunnel (mit 54 und 13 km Länge) in der Schweiz längst fertiggestellt sind, kommt der sehr viel einfachere und viel günstigere viergleisige Ausbau der Rheintalstrecke in Deutschland als notwendige Zuwegung nicht vom Fleck

– obwohl Deutschland sich vertraglich dazu verpflichtet hatte.

Weitere wichtige Standortfaktoren sind die hervorragende Infrastruktur der Schweiz, gut ausgebildete (und häufig mehrsprachige) Mitarbeitende, moderate Besteuerung mit Augenmaß sowie eine gute Sozialpartnerschaft – Streiks kommen in der Schweiz praktisch nie vor.

„Service Public“ statt dysfunktionaler Obrigkeitsstaat

Aus meiner Anschauung der wichtigsten „weiche“ Standortfaktoren betrifft aber die Behörden und den öffentlichen Dienst – oder den „Service Public“, wie er in der Schweiz heißt. Während man in Deutschland häufig mit schwerfälligen Entscheidungsprozessen, mangelnder Digitalisierung, langen Wartezeiten auf Termine, obrigkeitsstaatlichem Kommunikationsverhalten (man muss nur einfach mal Briefe deutscher Finanzämter mit den Schreiben der Schweizer Steuerbehörden vergleichen) und ähnlichen Defiziten konfrontiert ist, sieht das in der Schweiz ganz anders aus. Längere Wartezeiten bei Behörden sind in der Schweiz praktisch unbekannt. Viele Dinge lassen sich digital oder einfach per Brief erledigen. Ein internationaler

Führerschein? Kein Problem – einfach der Führerscheinstelle formlos schreiben, dass man einen benötigt, zwei Passfotos und eine Kopie des nationalen Führerausweises beifügen – und zwei Tage später liegt der internationale Führerschein mit einer Rechnung über 20 Franken im Briefkasten. Eine Frage in Steuersachen? Einfach beim zuständigen Gemeindesteueramts anrufen und nachhören – in aller Regel gibt es eine umgehende freundliche, kooperative und zielführende Antwort im wohlverstandenen Interesse des Steuerpflichtigen. Eine Unterschriftsbeglaubigung wird benötigt? Einfach beim Amtsnotariat vorbeigehen (keine Voranmeldung nötig und Montag bis Freitag geöffnet von 08:00 bis 11:30 Uhr und 13:30 bis 17:00 Uhr). Eine Apostille als Überbeglaubigung im internationalen Rechtsverkehr ist gefragt? So etwas muss man in Deutschland ganz kompliziert bei Amtsgerichten oder beim Bundesverwaltungsamt in Köln unter Berücksichtigung von den häufig sehr eingeschränkten Öffnungszeiten und mittelalterlichen Verwaltungsabläufen beschaffen. In der Schweiz geht man einfach bei der zuständigen Behörde (z. B. Staatskanzlei des Kantons Zürich) vorbei. Dort kann man bis zu zehn Apostillen direkt „zum Mitnehmen“ bekommen (bei mehr als zehn dauert es bis zum nächsten Werktag). Geöffnet ist von Montag bis Freitag von 08:00 bis 12:00 Uhr und von 13:15 bis 16:00 Uhr – täglich. Selbstverständlich ist Zahlung mit der Kreditkarte möglich. Ein neues Auto muss angemeldet werden? Einfach das Kennzeichen vom alten Fahrzeug abschrauben und am neuen Fahrzeug anbringen. Dann das Anmeldeformular im Internet ausfüllen und an das Straßenverkehrsamt senden. Eine Kopie des Anmeldeformulars dient in der Zwischenzeit als vorläufige Verkehrszulassung. Und nach zwei bis drei Tagen kommt per Post der neue endgültige Fahrzeugausweis mit einer Rechnung, die binnen 30 Tagen zu überweisen ist. Viele Mitarbeitende im „Service Public“ sehen sich in der Tat grundsätzlich als pragmatisch-kooperative Dienstleister für ihre Servicekunden und betrachten ihre Servicekunden nicht als Störung des gewohnten Betriebsablaufs. Über viele Dinge lässt sich in der Schweiz mit

Behörden sprechen, die nicht selten ein wesentlich offeneres Ohr für die Belange der Bürger haben und gewillt sind, vorhandene Ermessensspielräume im Sinne der Bürger zu nutzen, als das in Deutschland häufig der Fall ist.

Die Schweiz und die Europäische Union – ein schwieriges Kapitel

Bekanntlich ist die Schweiz trotz der engen wirtschaftlichen Verbindung mit ihren Nachbarländern weder Mitglied der Europäischen Union (EU) noch des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Die Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union sind über ein Netz von Verträgen geregelt, das aus rund 20 zentralen bilateralen Abkommen sowie über 100 weiteren Abkommen besteht. Durch diese bilateralen Abkommen ist die Schweiz im Hinblick auf den Zugang zum EU-Binnenmarkt den EU-Mitgliedsländern praktisch gleichgestellt. Erstmals 2002 kam in der Schweizer politischen Diskussion der Vorschlag auf, alle bilateralen Abkommen unter dem Dach eines Rahmenabkommens zu bündeln. Im Juni 2008 beschloss das Schweizer Parlament, der Bundesrat solle „Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen aufnehmen“.

Das institutionelle Rahmenabkommen – eine vorläufig gescheiterte Initiative der Schweiz

Diese Idee aus der Schweizer politischen Diskussion fiel in der EU erstmals im Dezember 2008 auf fruchtbaren Boden. Das gemeinsame Ziel war von nun an, die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz eben durch ein solches Rahmenabkommen zu regeln. Die Europäische Union machte seither deutlich, dass sie künftige Abkommen über den Marktzugang der Schweiz zum Binnenmarkt der Union nur noch auf der Basis eines zuvor abzuschließenden Rahmenabkommens schließen wolle, in dem vor allem institutionelle Fragen einheitlich und übergeordnet geregelt werden sollten. Unter anderem sollte darin ein Mechanismus zur Beilegung allfälliger Streitigkeiten zwischen Bern und Brüssel enthalten sein. Im Dezember 2013 verabschiedete der Bundesrat ein Verhandlungsmandat, die Union folgte im Mai 2014 mit einer Entscheidung des EU-Rates. Die Verhandlungen über das Rahmenabkommen begannen am 22. Mai 2014. Als Ergebnis der Verhandlungen lag seit November 2018 ein Vertragsentwurf vor. Am 26. Mai 2021 beschloss der Schweizer Bundesrat den Abbruch der Ver-

handlungen um das Rahmenabkommen. Die Gründe dafür waren zum einen Unstimmigkeiten bezüglich der Personenfreizügigkeit, insbesondere die Sozialversicherungen betreffend, jedoch auch Differenzen im Lohn- und Arbeitnehmerschutz. Dem amtierenden Bundespräsidenten und Außenminister Ignazio Cassis zufolge wollte die Europäische Union den Schweizer Lohnschutz nicht akzeptieren. Bei den staatlichen Beihilfen hätten die Verhandlungen besser geklappt, jedoch seien diese an die Personenfreizügigkeit und den Lohn- und Arbeitnehmerschutz gekoppelt. Trotz des gescheiterten Rahmenabkommens kündigte der Schweizer Bundesrat an, die bilaterale Zusammenarbeit mit der EU weiter zu pflegen.

Alle Beteiligten schnellstmöglich zurück an den Verhandlungstisch

Für die Repräsentanten unserer Schweizer Partnerpartei „Die Mitte“ war bereits vor drei Jahren klar, dass es für die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs eine Lösung mit der EU unverzichtbar ist, allerdings nicht zu jedem Preis. Die Herausforderungen in den Beziehungen mit der EU sind seit der einseitigen Be-



Spedition Marcus Eitel GmbH Fon: +49 (0) 7452 847 15 - 0
Talstraße 18 info@spedition-eitel.de
D-72202 Nagold www.spedition-eitel.de

Transport made in Germany

- Deutsches Familienunternehmen mit mehr als 70 Jahren Erfahrung

Unsere Erfahrungen

- täglich Schwarzwald → deutsche Seehäfen
- vor Ort Direktentladung mit Mitnahmestapler
- Jumbo-Verkehre
- Doppelstock-Verladung
- alarmgesicherte Transporte im Direktverkehr
- Verteiler- & Beschaffungslogistik in BW
- Lagerlogistik
- Getränkelogistik mit Getränke-Jumbo-Fahrzeugen mit Doppelstock-Verladung





endigung der Verhandlungen allerdings nicht weniger geworden – im Gegenteil. Während die EU sich klar positioniert, fehlt vom Schweizer Bundesrat bisher eine erkennbare Strategie. Die Mitte fordert, dass das zuständige Schweizer Außenministerium seiner Aufgabe gerecht wird und eine rasche, realistische Lagebeurteilung für den Bundesrat vorlegt, damit dieser über die notwendigen Entscheidungsgrundlagen verfügt. Weitere Verzögerungen in dieser Angelegenheit, insbesondere, wenn diese aufgrund von parteipolitischen Partikularinteressen zustande kommen sollten, schaden der Schweiz und letztlich auch ihren Nachbarn.

Konstruktive Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Kräften der Mitte in der Schweiz

Aus Sicht der Mitte gibt es konkreten Handlungsspielraum, um die Beziehungen mit der EU wieder auf ein nachhaltiges Fundament zu stellen und die bestehenden Blockaden und Nadelstiche aus der Welt zu schaffen. Gerade im Bereich der Dynamisierung der Rechtsübernahme sowie der Streitbeilegung sieht „Die Mitte“ bei bestehenden sektoralen Abkommen Potenzial, um neue und pragmatische Lösungen für die Weiterentwicklung zu verhandeln.

Die Schweiz hat dank ihrer offenen Haltung, vielfältigen Gesellschaft, Zuverlässigkeit und Souveränität einen hohen Wohlstand erreicht. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Um dies zu erreichen, muss die Schweiz eine verlässliche Partnerin bleiben, die für ihre Interessen mit Rückgrat einsteht. Dazu müssen alle Beteiligten unverzüglich an den Verhandlungstisch zurückkehren und nach tragfähigen Kompromissen suchen. ■

Matthias Klein,
matthias.klein@mit-schweiz.ch,
mit-schweiz.ch



LÖSUNGEN FÜR IHRE POSITIONIERAUFGABEN






MESSEN ▶ STEuern ▶ POSITIONIEREN

www.elgo.de